

„Rotes Königreich“ oder Hort des Konservatismus?

Sachsen im späten Kaiserreich

James Retallack, Universität Toronto

Die jüngste Forschung zur sächsischen Geschichte zwischen 1890 und 1918 hat viele bisherige Annahmen über den politischen Wandel in Frage gestellt, ohne diese jedoch vollständig zu widerlegen.¹ In diesem Beitrag werden drei miteinander verbundene Themen betrachtet, die ältere und neuere Einschätzungen der gespaltenen politischen Kultur Sachsens im späten Kaiserreich aufnehmen und je neu hinterfragen. Kann man *erstens* in diesen drei Jahrzehnten immer noch von einer fundamentalen Polarisierung zwischen dem sozialistischen und dem antisozialistischen Lagern sprechen? Welche Entwicklungen verweisen *zweitens* auf Kontinuitäten oder Diskontinuitäten über die historische Zäsur des Novembers 1918? Und ist Sachsens politische Kultur *drittens* am besten durch ihre Einzigartigkeit, ihre typische Eigenart oder durch etwas ganz anderes zu verstehen und zu charakterisieren?

„Wahlrechtsraub“ und Wahlrechtskampf

Unter der Führung von Friedrich Ferdinand von Beust in den Jahren 1849 bis 1866 war die politische Kultur Sachsens dem Liberalismus wenig verbunden. Erst nach dem Deutschen Krieg 1866, als sich Sachsen und Österreich

zusammen auf der Verliererseite fanden, begann im Königreich eine kurze liberale Ära. Der Landtag reformierte sich 1868 gewissermaßen selbst, indem das allgemeine Wahlrecht für Männer eingeführt wurde – oder präziser, für Männer die jährlich mindestens drei Mark an Steuern entrichteten. Trotz dieses relativ liberalen Wahlrechts wandte sich die sächsische Regierung aber bereits in den späten 1870er Jahren – und damit noch vor Bismarck auf Reichsebene – vom Liberalismus ab. Die konservative Vorherrschaft in der zweiten Kammer des Sächsischen Landtags konsolidierte sich in den 1880er Jahren. Demgegenüber wurden jährlich mehr einkommensschwache Sachsen wahlberechtigt, die Wahlbeteiligung stieg ebenfalls schnell an. Die SPD-Fraktion im Landtag wuchs von fünf Mitgliedern im Jahr 1887 auf fünfzehn im Frühjahr 1896. Im gleichen Zeitraum verzeichnete die sächsische SPD bei den Reichstagswahlen und in einigen Städten – vor allem in Leipzig – ständige Zuwächse. Im November 1895 führten diese Entwicklungen dazu, dass Konservative sowie National- und Linksliberale um die Zukunft ihrer parlamentarischen Macht fürchteten, die sie bislang in Wahlkämpfe und im Parlament in einem sogenannten Kartell abgesichert hatten. Deswegen forderten sie die Regierung auf, eine Wahlrechtsreform vorzubereiten, die eine künftige „Flut“ von SPD-Abgeordneten in die zweite Kammer verhindern sollte. Forciert vom de facto Vorsitzenden der Konservativen Partei, dem Geheimen Hofrat Dr. Paul Mehnert, wurde fluchtartig ein neues Dreiklassenwahlrecht durch den Landtag gebracht und am 28. März 1896 in Kraft gesetzt. Das neue Gesetz – zeitgenössisch als „Wahlrechtsraub“ bezeichnet – machte dabei Schlagzeilen im ganzen Reich: Im Dezember 1896 etwa bezeichnete das in Berlin erscheinende sozialdemokratische Zentralorgan „Vorwärts“ Sachsen als das „Probierland der Reaktion“. Da ein Drittel der sächsischen Landtagsabgeordneten alle zwei Jahre zur Wahl stand, schieden die fünfzehn SPD-Abgeordneten nach und nach aus dem Parlament aus. 1901 war keiner mehr übrig.

Bald rückte die nationale Aufmerksamkeit wieder auf Sachsen. Die Reichstagswahlen vom Juni 1903 führten in 22 von 23 sächsischen Wahlkreisen zu sozialistischen Siegen, wobei die SPD-Kandidaten 59 % der Stimmen erhielten. Der Beiname „Rotes Sachsen“ bzw. „Rotes Königreich“ wurde über Nacht geboren.

¹ Dieser Beitrag beruht auf James Retallack, Red Saxony: Election Battles and the Spectre of Democracy in Germany, Oxford 2017. Eine deutsche Edition ist in Vorbereitung. Hingewiesen sei an dieser Stelle auch auf die Online-Bibliographie sowie weiteres statistisches Material, die zu finden sind unter <http://redsaxony.utoronto.ca> (zuletzt eingesehen am 21.5.2018).

Der darin aufscheinende extreme Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Konservativen stürzte die sächsische Politik in eine sechs Jahre dauernde Krise. Im Dezember 1905 gingen Arbeiter auf die Straßen von Leipzig, Dresden und anderen Städten, um die Reform des Dreiklassenwahlgesetzes zu fordern. Die Staatsgewalt in Gestalt der Polizei reagierte darauf, teils auch unter Anwendung von Gewalt. Reichskanzler Bernhard von Bülow in Berlin und Mehnert in Dresden zwangen den sächsischen Regierungschef, keine Zugeständnisse zu machen – und die SPD-Führung trat zurück. Die sogenannten „Ordnungsparteien“ – maßgeblich Konservative und Nationalliberale – revanchierten sich dann bei den Reichstagswahlen im Januar 1907 regelrecht: Infolge einer chauvinistischen Regierungskampagne, die sich auf koloniale und antisozialistische Themen konzentrierte, reduzierten sich die sächsischen SPD-Sitze im Reichstag von 22 auf 8, die mit weniger als 49 % der Stimmen gewonnen wurden.

In den nächsten zwei Jahren erarbeiteten die „Ordnungsparteien“ ein neues Wahlrecht für den sächsischen Landtag, das sie als Instrument verstanden, um den durch das massive Wachstum der SPD verursachten Druck abzubauen. Denn deren Mitgliederzahl war von etwa 30.000 im Jahr 1902 auf fast 150.000 im Jahr 1912 angestiegen; dem Konservativen Verein in Sachsen gehörte zu dem Zeitpunkt dagegen nur ungefähr 20.000 Mitglieder an. Dieses Wahlrecht, das im Januar 1909 verabschiedet und im Oktober 1909 „getestet“ wurde, ergänzte die einfache Stimme eines Wählers um bis zu drei Zusatzstimmen, die nach Einkommen, Grundbesitz und Alter vergeben wurden. Obwohl gerechter als das Dreiklassenwahlrecht der Jahre 1896 bis 1909, benachteiligte dieses Pluralwahlrecht die sozialdemokratischen Kandidaten noch immer massiv. Bei den Landtagswahlen im Oktober 1909 unterstützten rund 54 % aller Wähler sozialistische Kandidaten. Da die überwiegende Mehrheit von ihnen aber nur eine einfache Stimme hatte, erzielten SPD-Kandidaten nur etwa 39 % der gesamten Stimmenzahl. Nicht mehr als 25 von 91 Sitzen im neuen Landtag konnten von ihnen besetzt werden. Zwar beruhigte sich in den Jahren von 1909 bis 1918 die politische Lage in Sachsen wieder: massive Konfrontationen wie in der Zeit von 1903 bis 1909 blieben nun aus. Zudem wurde der Landtag nur alle sechs Jahre gewählt, was ebenfalls zur Beruhigung beitrug. Die sächsischen

Gegner der Sozialdemokraten und Sozialisten allerdings machten keinen Frieden mit den neuen Gegebenheiten: Die „Demokratie“, so deren Ansicht, „befleckte“ nun sowohl den sächsischen Landtag als auch den deutschen Reichstag.

Als im August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, verschoben die Abgeordneten des Landtags die für 1916 geplanten Wahlen auf die Zeit nach dem Krieg. Das Thema Wahlrecht freilich war damit keineswegs vom Tisch: In den Jahren 1917 und 1918 forderten die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen Sozialisten vielmehr wiederholt die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für den Landtag. Die Regierung argumentierte dabei, die Reform in Dresden könne nicht den Entwicklungen in Berlin und im Reichstag vorgreifen. Der Hintergrund war freilich ein anderer. Denn die sächsische Regierung und die nichtsozialistischen Parteien stimmten darin überein, dass kein neues Landtagswahlrecht erlassen werden könne, welches eine Mehrheit der „Roten“ im Parlament ermögliche. Diese Lähmung des politischen Reformprozesses setzte sich bis in die letzten drei Kriegswochen fort, als ein nationalliberaler Abgeordneter sächsischer Innenminister wurde. Zu dieser Zeit drängten die „in der Wolle gefärbten“ Konservativen – darunter auch Paul Mehnert – in den Staatsrat und andere Regierungssämter.

Dieser kurze Abriss der politischen Entwicklung Sachsens von 1890 bis 1918 scheint *erstens* darauf hinzudeuten, dass die Polarisierung zwischen Sozialdemokraten und ihren Gegnern Vorrang vor jeder anderen politischen Überlegung hatte und nie aufgelöst wurde. Der antidemokratische Ballast aus dem Bismarckzeit wurde dabei durch sächsische Bürger verstärkt, die weitergehende Reformen als Bedrohung und nicht als Chance ansahen. *Zweitens* war Sachsens politische Kultur nach dieser Interpretation zu unmodern, um im 20. Jahrhundert zu überleben. Für einen flüchtigen Moment – im Jahr 1903 – sahen Sozialisten und Demokraten das „Rote Sachsen“ als die beste aller möglichen Varianten; aber für Millionen anderer Sachsen war genau das ein regelrechtes Horror-Szenario.² *Drittens* erscheint es wenig zielführend, an diese Geschichte

² Dr. Walter Koch, der letzte Innenminister Sachsens vor der Novemberrevolution 1918, schrieb: „Die Devise der oberen Verwaltungsbeamten Sachsens war: Haltung und Tradition. [...] Sie

Sachsens andere regionale, nationale oder internationale Maßstäbe anzulegen: In einer Zeit, die von der „Fundamentaldemokratisierung der Gesellschaft“ (Karl Mannheim)³ geprägt war, waren die Sachsen untypischerweise entschlossen, eine rationale wie „moderne“ Antwort auf neue Herausforderungen abzulehnen. Wenn in anderen deutschen Regionen also bereits „Demokratie praktiziert wurde“,⁴ fielen die Sachsen durch diesen Test – und dies auf durchaus spektakuläre Weise.

Homogenität? Der regionale und der lokale Blick

Ungeachtet der unbestreitbaren Tatsache, dass Sachsens politische Kultur von einem fundamentalen Gegensatz zwischen Befürwortern und Gegnern eines autoritären Staatsverständnisses geprägt war, gibt es viele Gründe, weder die Sozialdemokraten noch ihre Gegner als homogene Gruppen darzustellen. Dies spiegelt sich vor allem in der Geschichtsschreibung zum Deutschen Kaiserreich in den letzten 30 Jahren, die sich immer mehr von „optimistischen“ oder „pessimistischen“ Bewertungen des Kaiserreichs wie auch von der Idee entfernte, dass Agrarier und Industrielle als „Bündnis der Eliten“ alle Reformbemühungen in Richtung liberale Demokratie blockiert hätten.

David Blackbourn etwa merkte schon vor langer Zeit an, wenn man über den autoritären Staat im Singular spreche, sei man bereits auf der falschen Fährte.⁵ Neuere Forschungen haben erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den sächsischen Monarchen und dem Hof, zwischen den Leitern des Gesamtministeriums und ihren Kollegen, zwischen den mittleren und unteren Beamten (Kreis- und Amtshauptmänner) und der örtlichen Polizei sowie zwischen Stadtverordneten, Stadträten und Oberbürgermeistern bzw. Bürgermeisterern heraus-

betrachteten sich nicht als das Differentialgetriebe, sondern als Bremse am Wagen der Epoche.“ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Nachlass Dr. Walter Koch, Erinnerungen (maschinenschriftl. MS), „Wie ich die Menschen und die Dinge sah“, Bd. 1, S. 160-7.

³ Karl Mannheim, *Man and Society in an Age of Reconstruction* (ursprüngl. dt. 1935), New York 1967, S. 44.

⁴ Margaret Lavinia Anderson, *Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 2009.

⁵ David Blackbourn, *Populists and Patricians. Essays in Modern German History*, London 1987, 13-16; vgl. ders./James Retallack, Introduction, in: dies. (Hg.), *Localism, Landscape, and the Ambiguities of Place*, Toronto 2007, S. 3-35.

gearbeitet. Vor allem ein Blick auf die letztere Gruppe zeigt dabei, wie wenig „verallgemeinerbar“ das Königreich Sachsen war: Die städtische Politik in Dresden wurde beispielsweise von einer lockeren Koalition aus Konservativen, Antisemiten und Mittelständlern beherrscht, während Leipzig lange Zeit die Bastion der (national-)liberalen Stadtparlamentarier und Verwalter gewesen ist.⁶ Auch innerhalb der Parteien selbst und im Landtag wurde die politische Polarisierung durch die divergierenden Ansichten von Politikern unterlaufen, die in der ersten und der zweiten Kammer saßen, ebenso von „Hinterbänklern“ in den verschiedenen Fraktionen und natürlich auch von den Parteimitgliedern selbst. Auf der sozialdemokratischen Seite konnte unter den „Hardlinern“ in Leipzig Unterstützung für eine radikale Politik und möglicherweise gar für gewalttätiges Handeln gefunden werden, was in den ruhigeren Ecken des Königreichs abgelehnt wurde. Die Nationalliberalen in Dresden waren schüchtern als die Leipziger, während umgekehrt die Konservativen in der Landeshauptstadt zu den extremen Formen des Antisozialismus und Antisemitismus neigten.

Das Fehlen einer katholischen Zentrums Partei im protestantischen Sachsen wird zu Recht als ein wichtiger Faktor für die Gestaltung der Wahlkonstellationen und Parlamentskoalitionen angeführt, der die politisch links stehenden Kräfte in Sachsen stärker in Konflikt mit anderen Parteien brachte als in den meisten anderen Teilen des Reichs. Die dauerhafte Schwäche der linksliberalen Parteien in Sachsen hatte eine ähnliche Wirkung, erreichte aber nicht dieselbe Schärfe. Gleiches gilt für die antisemitischen Parteien in Sachsen, die 1893 mit über 90.000 Reichstagsstimmen – fast 16 % – den Höhepunkt ihres Einflusses erreichten und sechs Abgeordnete nach Berlin schickten. Im Laufe der Zeit, besonders aber nach 1903, wurden linke Liberale und Antisemiten zwar immer mehr von den „staaterhaltenden Parteien“ überstrahlt. Dennoch drohten eine oder beide dieser Parteien bei nahezu jeder Wahl Sitze vom sächsischen Kartell zu „stehlen“, weswegen sie sowohl von Staatsministern als auch von den Führern der Konservativen bzw. der Nationalliberalen Partei angegriffen

⁶ See James Retallack, *Mapping the Red Threat: The Politics of Exclusion in Leipzig before 1914*, in: *Central European History* 49, H. 3/4 (2016): 341-82.

wurden, die sozialistische Gefahr nicht zu erkennen bzw. nicht entschieden genug zu bekämpfen.

Die Tatsache, dass die sächsische Fortschrittspartei einen Großteil ihrer Unterstützung vom neuen Mittelstand erhielt und die Antisemiten ihren Rückhalt beim alten Mittelstand hatte, weist auf zwei verwandte Punkte hin: Sie erschwert die Vorstellung einer polarisierten politischen Kultur und zeigt zugleich die Unzulänglichkeit vor allem älterer Modelle, die von Politikwissenschaftlern, Soziologen und Historikern verwendet wurden, um die Entwicklung des deutschen Parteiensystems zwischen 1860 und 1930 zu erklären. Weder die von Stein Rokkan beschriebenen politischen „Spaltungen“ (cleavages) noch die von M. Rainer Lepsius postulierten sozioökonomischen „Milieus“ noch das von Karl Rohe aufgestellte Modell der politischen „Lager“ beschreiben die konfuse und oft wechselnde Orientierung der politischen Parteien in Deutschland und Sachsen angemessen, ebenso wenig die sozialen, wirtschaftlichen oder kulturellen Lebenslagen und Orientierungen ihrer Mitglieder.⁷ Historiker betonen dagegen heute die „Grauzonen“ inmitten der sächsischen politischen Landschaft und die feinen Schichtungen von Reichtum, Status und Einfluss in den mittleren Bereichen der sozialen Skala – vom Mittelstand bis zum Bildungs-, Beamten- und Wirtschaftsbürgertum. Und eben in diesen Zonen sollte in Zukunft viel stärker nach politischen Konflikten in der sich entwickelnden politischen Kultur des Königreichs gesucht werden. Zudem war die SPD nicht die einzige Partei, deren wahlbezogenes Schicksal sich durch den Eintritt oder den Verlust von „Mitläufern“ dramatisch verändern konnte: Als die sächsischen Konservativen klagten, die „unzuverlässigen“ Antisemiten hätten 1893 sechs Sitze von ihnen „gestohlen“, war dies nur einer von vielen Vorwürfen unter den Parteien, die darauf abzielten, neue Anhänger inmitten der sozialen und politischen Spektren zu rekrutieren.

⁷ Stein Rokkan, *Citizens, Elections, Parties. Approaches to the Comparative Study of the Processes of Development*. Oslo 1970; ders., *State Formation, Nation-Building, and Mass Politics in Europe*, hrsg. von Peter Flora/Stein Kuhnle/Derek W. Urwin, Oxford 1999; M. Rainer Lepsius, *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993; Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 1992.

Die zeitgenössische Rede vom „Roten Schreckgespenst“ verflüchtigte sich oft unter dem Einfluss momentaner Krisen, kalkulierender Berechnung und nicht zuletzt des persönlichen Ehrgeizes. Lokale Eliten konnten sich dafür entscheiden, den politischen Gegner in einer Konfliktlage zum Verbündeten zu machen, sich ihm aber in einem anderen Zusammenhang als Partner verweigern. Nicht selten verfolgten sie allerdings unklar definierte Ziele, verfügten nur über begrenzte Ressourcen und brachen oft auch den Kampf ab, bevor sie ihr eigentliches Ziel erreichten. All das lässt sich allerdings nur dann herausarbeiten, wenn die antisozialistischen Absichten der Eliten zusammen mit der tatsächlichen Umsetzung ihrer Pläne – insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene – betrachtet werden. James J. Sheehan schrieb einmal, dass „ein großer Teil der politischen Aktivitäten, die auf nationaler Ebene stattfinden, darauf abzielt, Probleme zu vereinfachen, Ausrichtungen zu klären, die Politik auf eine Reihe binärer Entscheidungen zu reduzieren. [...] Aber [...] in der Welt der lokalen Politik sind die Entscheidungen oft fließender, Allianzen unsicherer, Kombinationen komplexer.“⁸ Aus diesem Grund muss sich der Historiker besonders bemühen, die politischen Entscheidungen so zu sehen, wie die Zeitgenossen sie sahen: Nicht als klare Alternativen, sondern als vielfältige und teils auch verworrene Optionen; nicht als nationale Politik im Kleinen, sondern als Reflexion eigenständiger Regeln und Traditionen. Aus dieser Perspektive erscheint die antisozialistische Kampagne im kaiserlichen Deutschland nicht als eine Art große Strategie, die vor der Schlacht entwickelt wurde, sondern als taktische Kriegsführung, die man ständig an veränderte Umstände anpasste: Jenseits des Blicks „von der Höhe des Feldherrenhügels“ sieht der Beobachter in den Schützengräben verwirrt agierende Soldaten, die vorrücken, um flüchtige Gelegenheiten zu nutzen und sich angesichts der schlechten Führung durch den Generalstab oder die logistischen Einschränkungen zurückzuziehen.

Außerhalb der Sozialdemokratie machten diese Generäle – Parteiführer und Staatsminister – zunehmend das allgemeine Wahlrecht des Reichstags für jene unvorhersehbaren („amerikanischen“) Zustände verantwortlich. Deswegen

⁸ James J. Sheehan, *What Is German History? Reflections on the Role of the Nation in German History and Historiography*, in: *Journal of Modern History* 53 (1981): 21f.

wurden ungerechte Wahlrechtsregelungen für den Landtag oder die Stadtverordnetenkollegien eingeführt bzw. beibehalten: Verzweifelt versuchte man damit die „zersetzenden“ Folgen der modernen Massenpolitik in den Parlamenten der Länder und Kommunen einzudämmen. Dieses Phänomen fand sich keineswegs nur in Sachsen, dort aber war es besonders ausgeprägt. Die anti-sozialistischen Wahlrechtsgesetze waren ausdrücklich darauf ausgerichtet, die „Hegemonie“ einer Partei – der SPD – über die sächsischen Parlamente zu verhindern. Dies war natürlich ein Scheinargument, denn die „Ordnungsparteien“ wollten die Sozialdemokraten immer weit unter der Schwelle einer einfachen Mehrheit halten. Als in den Jahren 1908/09 ein neues Pluralwahlrecht für den Landtag diskutiert wurde, stellte der Direktor des Königlich-Sächsischen Statistischen Landesamtes akribische Berechnungen an, die sicherstellen sollten, dass die Sozialdemokraten bei den nächsten Wahlen nicht mehr als 15 von einundneunzig Landtagssitzen gewinnen würden. Nachdem dann – aufgrund von Fehleinschätzungen darüber, wie viele Arbeiter in Sachsen zusätzliche Stimmen erhalten würden – 25 SPD-Abgeordnete gewählt wurden, kam es zu monatelangen Auseinandersetzungen unter den Beamten des Landesamtes und gegenseitigen Vorwürfen zwischen den „Ordnungsparteien“. Diese Auseinandersetzungen fanden ihre Fortsetzung, als sich die Sozialdemokraten von ihrem Rückschlag im Jahr 1907 erholten und bei den Reichstagswahlen im Januar 1912 in Sachsen 25 % erhielten bzw. 19 der 23 sächsischen Reichstagsitze gewannen. Doch was passierte nicht? Zu keinem Zeitpunkt zeigte sich die sächsische Regierung bereit, nach diesem Votum der Wähler zu agieren – einer der zentralen Grundsätze der Demokratie. Zusammenfassend ließe sich hier deswegen formulieren, dass die Charakterisierung der politischen Kultur Sachsens als „polarisiert“ nur der erste Schritt ist, um ihre grundlegende Natur und ihre Dynamiken zu verstehen.

Kontinuität oder Diskontinuität?

Die Frage nach Kontinuität oder Diskontinuität kann hier kürzer behandelt werden, obwohl sie in letzter Zeit ebenfalls wieder zu Diskussionen geführt hat. Wie Thomas Nipperdey in seiner Kritik an Hans-Ulrich Wehlers 1973 erschien-

enem Kaiserreich-Buch herausarbeitete, gab es viele Kontinuitäten.⁹ Wehler postulierte dabei die „klassische“ Variante der Sonderwegs-These, die von den gescheiterten bürgerlichen Revolutionen von 1848/49 bis zur national-sozialistischen Machtergreifung von 1933 einen geradlinigen Weg zeichnete. David Blackbourn und Geoff Eley haben Nipperdeys Gedanken wiederholt: Die Frage nach der Kontinuität laute nicht, *ob* von Kontinuitäten auszugehen sei, sondern von *welchen*?¹⁰ Der Ausgangspunkt eines angeblichen sächsischen Sonderwegs *scheint* unumstritten zu sein. Das Auftreten einer Arbeiterbewegung in den 1860er Jahren kann dabei historisch als besonders bedeutsam angesehen werden, weil die Liberalen weder die deutsche Verfassung noch das nationale Parlament geprägt hatten – oder zumindest noch nicht. Dies war jedoch keine sächsische Besonderheit. Wie Lothar Schücking schon 1908 erläuterte, war die Situation in Preußen nicht viel anders: „Wir könnten liberaler sein, wenn wir keine Sozialdemokraten hätten.“¹¹ Wenn man einen Endpunkt wählt für bestimmte angenommene Kontinuitäten, neigt man zwangsläufig dazu, bestimmte Schlüsse zu ziehen – etwa über die Geschwindigkeit des politischen Wandels oder die Möglichkeiten, dass Entwicklungen anders hätten verlaufen können. Thesen darüber, wie gut die Deutschen „Demokratie praktizierten“, erhalten oder verlieren ihre Aussagekraft für die sächsische Geschichte – je nachdem, welche realen oder angenommenen End- oder Wendepunkte gewählt werden. Nach der Wahlrechtsreform und den Landtagswahlen von 1909 wurde die sächsische Politik nicht demokratischer, sondern ruhiger; sie war nun mehr geprägt von einem „leisen Murren“, nicht aber von lautstarker Empörung; auch war sie geprägt von weiterhin bestehenden Blockaden gegen ministerielle Verantwortung, gerechte Wahlen und gute Regierungsführung. Im Sommer 1914 änderten sich diese Rahmenbeding-

⁹ Thomas Nipperdey, Wehlers „Kaiserreich.“ Eine kritische Auseinandersetzung, in: ders., Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte, Göttingen 1976, 360-89; Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1994 (ursprüngl. 1973). Vgl. neuerdings Jürgen Kocka, Looking Back on the Sonderweg, in: Central European History 51, H. 1 (2018): 137-42.

¹⁰ David Blackbourn and Geoff Eley, The Peculiarities of German History. Bourgeois Politics in Nineteenth-Century Germany, Oxford 1984, 22.

¹¹ Lothar Engelbert Schücking, Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preussens, Berlin-Schöneberg 1908, 16f.

ungen dann dramatisch, als Ausgrenzungspraktiken und staatlich exekutierte Schikanen gegen die Arbeiterbewegung im Interesse des „Burgfriedens“ und eines erfolgreichen Kriegseintritts auf Eis gelegt werden mussten. Die Diskontinuitäten über das Jahr 1914 hinaus sind gerade mit Blick auf diese Zäsur unbestreitbar und lassen sich kaum herunterspielen.

Spätestens 1918 hatten der sächsische Staat und die ihn unterstützenden „Ordnungsparteien“ ihre Regierungsfähigkeit völlig eingebüßt und ihre Legitimität in den Augen der Massen verloren – und zwar so sehr, daß es geradezu unsinnig erscheint, Ähnlichkeiten zwischen den *Praktiken* von Regierung, Verwaltung und parlamentarischer Vertretung vor und nach dem 9. November 1918 zu suchen. Selbst die Existenz von antisozialistischen, anti-liberalen und antisemitischen Denkgewohnheiten in Teilen des sächsischen Bürgertums, die vor und nach der Novemberrevolution deutlich zu Tage traten, sahen im monarchischen Staat und in der Republik sehr unterschiedlich aus. Als die Sozialdemokraten in Dresden an die Macht kamen, lag der „Traum“ der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ immer noch weit hinter dem Horizont – jenseits der Friedensabkommen 1918/19, der Hyperinflation 1923, der Großen Depression ab 1929 und den Wahldurchbrüche der Nationalsozialisten ab 1930.

Anstatt zu behaupten, dass die Sachsen bereits vor 1918 erfolgreich „Demokratie praktizierten“ oder dass die Weimarer Republik hierauf ein robustes demokratisches System aufbauen konnte, sollten Historiker anderswo nach Kontinuitäten suchen. Vor langer Zeit prägte Shulamit Volkov den Begriff des „kulturellen Codes“ – um zu erklären, wie der Antisemitismus radikale, gemäßigte und andere Teile des konservativen Milieus im Kaiserreich durchdrang und miteinander verband.¹² Historiker können dieses Konzept aufgreifen und damit die politische Kultur Sachsens von 1860 bis 1918 neu beschreiben. Denn vom Anfang bis zum Ende dieser Ära haben die Gegner der Demokratie ihr Möglichstes getan, assoziative Verhältnisse zwischen der Demokratie und dem Sozialismus, der Demokratie und dem Liberalismus sowie der Demokratie und

den Juden herzustellen bzw. zu konstruieren. Die Polarisierung der sächsischen politischen Kultur zwang den autoritären Staat und die „Ordnungsparteien“, entweder eine Legitimationskrise nach der anderen zu überwinden, oder – wie Mitte der 1890er Jahre – eine solche Krise sogar zu schaffen, um der „Partei der blutigen Revolution“ einen Schlag zu versetzen bevor es zu spät war. Mit unberechenbaren Konsequenzen kämpften politische Gruppen, die für reformerische oder reaktionäre Politik eintraten, um die Oberhand. Die letztgenannte Gruppe schützte damit auch ihre eigenen Vorstellungen von einem kulturell definierten „Deutschtum“. Und gerade in diesem Zusammenhang hat die wachsende Macht des radikalen Antisemitismus und des radikalen Nationalismus seit den 1890er Jahren Sachsen zu einem Zentrum des „Feldzugs“ gegen „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ gemacht.

Als mächtige Gruppen im sächsischen Bürgertum begannen, die Demokratie als etwas „nicht-deutsches“ anzusehen, trugen sie auch dazu bei, dass sich der Respekt vor den Prinzipien politischer Gleichberechtigung verringerte. Später, in den Händen von rücksichtsloseren Politikern, konnte dieser kulturelle Code gegen jeden, der im Rassenstaat als Außenseiter galt, angewendet werden. Den Nazis gelang – zumindest teilweise – das, wo andere deutsche Antidemokraten „versagt“ hatten. Der Erfolg ihrer antimarxistischen und antikommunistischen Rhetorik, die die unversöhnliche Kluft zwischen einem „roten“ und einem „braunen“ Deutschland heraufbeschwor, kann dabei auch vor dem Hintergrund der antisozialistischen Rhetorik der Konservativen vor 1918 analysiert werden. Denn führende Staatsmänner waren auch im Kaiserreich oft nicht in der Lage oder Willens, die Grauzone zwischen den gegensätzlichen politischen Gruppen zu besetzen oder überhaupt zu erkennen. Ihr Handlungsspielraum schrumpfte deswegen, und sie suchten Krisen durch Appelle an die politischen Extreme zu lösen – und nicht an die Mitte.

Sachsens gespaltene politische Kultur war nicht typisch für die deutschen Bundesstaaten, geschweige denn für das Deutsche Reich. Dennoch war sie auch nicht einzigartig. Die geschichtlichen Rahmenbedingungen spielten dabei eine wichtige Rolle, ebenso die Geographie. Der Fall Sachsen ist dabei vor allem deswegen aufschlussreich, weil er nicht in die Nord-Süd- oder Ost-West-

¹² Shulamit Volkov, *Antisemitism As a Cultural Code. Reflections on the History and Historiography of Antisemitism in Imperial Germany*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 23 (1978): 25-45.

Paradigmen der deutschen Geschichtsschreibung passt. Immer wieder lassen sich in der historischen Überlieferung deutliche Warnungen von Antidemokraten in Sachsen finden, dass die Bereitschaft süddeutscher Parteien und Regierungen, die SPD als legitimen Partner im politischen Tagesgeschäft oder gar in der Regierung zu akzeptieren, eine existenzielle Bedrohung darstelle. Nach jahrzehntelangem Druck ihres nördlichen Nachbarn, eine charakteristische sächsische „Laxheit“ abzuwerfen und sich den preußischen Autoritätstraditionen anzupassen, sahen viele Sachsen ihr Königreich als ein entscheidendes Bollwerk gegen den liberalen und demokratischen Druck, der von Baden, Württemberg und Bayern ausging und in ihren Augen das ganze Reich bedrohte. Die sächsischen Konservativen signalisierten deswegen nach Berlin, dass ihr Königreich eine besondere Mission habe: Wenn man in Sachsen der Sozialdemokratie Zugeständnisse mache, würden Preußen und das übrige Reich den Preis dafür bezahlen.

Die bürgerliche Herkunft und der Habitus von Paul Mehnert und den meisten seiner konservativen Kollegen legen einen weiteren Grund nahe, warum der „Fall Sachsen“ unsere Aufmerksamkeit verdient. Im Vergleich zu den meisten anderen regionalen Flügeln ihrer Partei waren die Konservativen in Sachsen – und besonders ihre Abgeordneten in der zweiten Kammer des Landtags – viel bürgerlicher und weniger aristokratisch, viel städtischer und weniger ländlich, viel besser in die Industrie integriert und weniger den agrarischen Interessen verpflichtet. Daher bietet der Fall Sachsen den Historikern auch die Möglichkeit, mit Blick auf die weitere Entwicklung im 20. Jahrhundert das bürgerliche Gesicht der deutschen Obrigkeit offenzulegen. Auf der einen Seite zeigt sich dabei, was Blackburn und Eley über das deutsche Bürgertum herausgearbeitet haben – nämlich, dass Historiker niemals davon ausgehen hätten sollen, dass es sich der Verwirklichung liberaler demokratischer Ideale zuwendet.¹³ Auf der anderen Seite *erweitert* dies ein zweites Axiom des Post-Sonderwegs-Paradigmas: Anstatt die bürgerliche Hegemonie nur in den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen zu verorten, können Historiker anhand des sächs-

ischen Beispiels aufzeigen, dass das deutsche Bürgertum auch im politischen Bereich wesentlich mehr Einfluss hatte, als lange angenommen.¹⁴

Von der sächsischen Entwicklung auf das übrige Reich zu schließen ist natürlich schwierig – und auch nicht das grundsätzliche Ziel dieses Beitrags. Sachsens untypische wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist dabei unbestreitbar. Dennoch bleiben wichtige Fragen offen: Über die auffällige Bedeutung der Wahlrechtsrechtskämpfe im Königreich, über die „ungewöhnliche Temperatur“ der Reichstags- und Landtagswahlen und die sich ständig verändernden Push- und Pull-Beziehungen zwischen den verschiedenen, mit den Konservativen verbundenen politischen Gruppierungen – also kleinere Parteien, wirtschaftliche und nationalistische Interessengruppen sowie Vereine und Verbände. Dass Sachsen innerhalb kurzer Zeit dreimal (1868, 1896, 1909) sein Landtagswahlrecht völlig umgestaltete, spiegelt die Tatsache wider, dass fundamentale Fragen der Gerechtigkeit während des gesamten Kaiserreichs ungelöst blieben. Eine direkte Parallelität zu den (wahl-)politischen Herausforderungen, die Politiker in der Weimarer Republik – vor allem zwischen 1928 und 1933 – nicht klar ergreifen bzw. lösen konnten, ist allerdings nicht gegeben. Dennoch, gerade in letzterer Ära musste die politische Taktik des umfassenden Angriffs auf den Marxismus nicht von Grund auf neu erfunden werden. Vielmehr war sie schon vor den 1920er Jahren als Alternative zu „ungeliebten“ demokratischen Strukturen und Praktiken konzipiert und erprobt worden.

„Rotes Königreich“ oder Hort des Konservatismus?

Wenn Sachsen im späten Kaiserreich in der Tat ein „Hort“ des Konservatismus war, so war es ein Hort in mehr als nur einem Sinne. Die Beschreibung als „Zuflucht“ oder „Unterschlupf“ ist dabei nicht ganz zutreffend, da sie impliziert, dass Sachsen eine Art politisches „Rückstaubecken“ war – ein Ort, an den sich die Konservativen des Reiches zurückziehen konnten (oder sich bereits zurückgezogen hatten). Diese Perspektive würde die sächsische politische Kultur tendenziell als „unmodern“ charakterisieren, was schlicht falsch

¹³ Blackburn/Eley, Peculiarities of German History.

¹⁴ Das sind die zentralen Argumente in Retallack, Red Saxony.

ist. Die Sozialdemokraten beschwerten sich zwar darüber, dass der sächsische Landtag in den 1880er Jahren – trotz seines relativ liberalen Wahlrechts nach 1868 – „vorsintflutlich“ gewesen sei und dass die Abgeordneten der anderen Parteien die „lächerlichsten“ Vorstellungen davon gehabt hätten, was die Sozialdemokraten tatsächlich wollten.¹⁵ Doch nach dem Schock von zwei weiteren Wahlrechtsreformen in den Jahren 1896 und 1909 sowie den jahrzehntelangen Schikanen zweifelten die Sozialdemokraten nicht mehr daran, dass ihre Gegner die Kunst der Sachpolitik erlernt und die Möglichkeiten, die die moderne Massenpolitik den antisozialistischen Parteien bot, – wenn auch widerwillig – angenommen hatten. Die Charakterisierung als „Bollwerk“ oder „Festung“ erscheint deswegen passender: Mit jedem Sieg gegen Sozialisten, Liberale oder Juden konnten Paul Mehnert und seine Kollegen mit Bravour behaupten, sie hätten die „Fackel des Konservatismus“ erfolgreich hochgehalten – gegen alle Widrigkeiten, selbst im industrialisiertesten und urbanisiertesten Bundesstaat des Deutschen Kaiserreiches.

Zudem kann ein Hort auch ein Nährboden sein, und in diesem Sinne scheint Sachsens politische Entwicklung vor allem auf die spätere deutsche Geschichte zu verweisen. Weil jede politische Partei in Sachsen neben den Sozialdemokraten bei der Verteidigung des autoritären Prinzips gegen die Demokratie jedwede Form der Zusammenarbeit erleichtert hat, hat Sachsen einen fruchtbaren Boden für das geschaffen, was George Mosse einst die „ineinandergreifende Verflechtung der Rechten“ nannte.¹⁶ Seit den 1880er Jahren entstanden auf diesem Nährboden einige der radikalsten nationalistischen Gruppen Deutschlands: rassistische Antisemiten, Alldeutsche, Handlungsgehilfe, Mittelständler, Studentenverbindungen und Antifeministen. Theodor Fritsch, von den

Nationalsozialisten als einer der Pioniere ihrer Bewegung angesehen, ist einer der Prominentesten unter jenen, die ein „Kniff“ bzw. eine „Masche“ für politischen Erfolg suchten – eine Taktik, durch die eine kleine Randgruppe oder ein konspirativer Bund in eine Bewegung umgewandelt wird. Nach 1900 schloss sich Fritsch mit Mehnert und anderen sächsischen Konservativen zusammen und führte bald die mächtige Sächsische Mittelstandsvereinigung. Seine Aktivitäten für die Verbreitung des Rasseantisemitismus und den chauvinistischen Nationalismus setzten sich unter dem Deckmantel der konservativen Mittelstandspolitik bis zum Ersten Weltkrieg und dann in anderen Formen bis in die 1930er Jahre fort.

In diesen kurzen Bemerkungen habe ich versucht, darauf hinzuweisen, dass der Grad der politischen Polarisierung in Sachsen vor 1918 nicht überbewertet werden kann, dass Kontinuitäten über die Novemberrevolution nicht unhinterfragt bleiben dürfen und dass Sachsen sowohl ein Brennspeigel als auch ein Mikroskop ist, mit dem man gesamtdeutsche Entwicklungen neu entdecken, betrachten und wissenschaftlich nachdenken kann. Die jahrzehntelangen Machtkämpfe zwischen den sächsischen Sozialdemokraten und ihren Gegnern hielten bis weit in das 20. Jahrhundert hinein an. Der Antisozialismus war aber nur ein Element einer größeren Kampagne, um die Demokratie abzuwehren. In einem Königreich mit einer schwachen liberalen Prägung und mit weit weniger Juden als im nationalen Durchschnitt war ein antisozialistischer „Kreuzzug“ die stärkste Waffe in den Händen der bürgerlichen Konservativen. Vor 1914 glaubten diese Konservativen – nicht ohne Grund –, dass sie immer noch die beste Karten in der Hand hatten, um sich im Spiel der modernen Massenpolitik zu behaupten. Und sie hätten das vermutlich für mehrere Jahre auch tun können.

¹⁵ August Bebel, *Aus meinem Leben*, Berlin/Ost 1961, S. 784. „Freilich, uns gegenüber bildete die Kammer mit ein paar Ausnahmen eine einzige reaktionäre Masse. [...] Einen sehr erheblichen Bruchteil der Kammer bildeten die ländlichen Abgeordneten, deren politischer Blick über die Grenzen ihres Wahlkreises kaum hinausreichte, Leute, die von dem Willen der Sozialdemokratie die lächerlichsten Vorstellungen hatten. Ihnen schlossen sich an eine Anzahl Bürgermeister der kleinen Städte, die in einem spießbürgerlichen Milieu lebten und danach dachten. [...] In einer solchen Kammer zu sitzen, war mir nicht einen Tag ein Genuß [...]“ Bebel berichtet hier über die Auseinandersetzungen in der zweiten Kammer des sächsischen Landtags in den Jahren 1881/82.

¹⁶ „Interlocking directorate of the Right,“ zitiert nach Richard S. Levy, Liebermann von Sonnenberg, Max, in ders. (Hrsg.), *Antisemitism. A Historical Encyclopedia of Prejudice and Persecution*, Bd. 2, Santa Barbara 2005, S. 422.